

## LINKE Opposition im Kreis anerkannt

**D**en guten Ruf der LINKEN-Abgeordneten im Kreistag Märkisch-Oderland bei Bürgerinnen und Bürgern sowie bei den Verwaltungen würdigte Fraktionsvorsitzender, Uwe Salzwedel, im Dezember zum Jahresausklang in Strausberg. Mit zahlreichen Anträgen und Anfragen zur sozialen Kreisentwicklung habe sich die Oppositionsfraktion kontinuierlich Gehör verschafft. Die Mitglieder seien anerkanntermaßen verlässlich,

gut vorbereitet und führen die ihnen übertragenen Ausschüsse mit hoher Verantwortung.

Salzwedel erinnerte daran, dass die aktuelle Haushaltsdiskussion für 2019 in großen Teilen die Handschrift der Linksfraktion trage. Dazu zähle ihre Forderung nach einer deutlich höheren Unterstützung finanzschwacher Kommunen angesichts der guten Finanzausstattung des Landkreises. Die Abgeordneten beantragten, die geplante Beteiligung für

Städte und Gemeinden zulasten des Kreises nachzubessern.

Stetig mahnten sie eine soziale, umweltpolitische und wirtschaftliche Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im gesamten Landkreis an. Sie setzten sich für eine Freistellung aller Elternbeiträge für Fahrten der Kinder zur Schule mit Bus oder Bahn ein. Zudem haben sie immer wieder eine tarifliche Bezahlung der Lehrer an der Kreismusikschule auf die Tagesordnung gesetzt.



## Rundflug über Strausberg

**F**ür die Kreistagsfraktion ist es zu einer guten Tradition geworden, einzelne Beratungen an geheimnisvollen Orten mit genaueren Erkundigungen zu verbinden. So starteten die Abgeordneten dieses Mal ihren Jahresabschluss mit einem Rundflug durch Geschichte und Gegenwart des Flugplatzes Strausberg. Im Flugplatz-Museum, am Rand des großen Rollfeldes, wurden sie dabei von Horst Prommersberger fachmännisch durch die Fliegerei gesteuert. Dabei ging es unter hängenden Flugobjekten hindurch und vorbei an professionell gestalteten Vitrinen und Tafeln. Der Vorsitzende des Museum-Fördervereins führte sie von

den Anfängen des Flugpioniers Otto Lilienthal im brandenburgischen Stölln bis zum heutigen Flugplatz in Strausberg ganz nach dem Motto: „Das Flugwesen entwickelte sich.“

Der einstige Fliegerhorst wurde ab 1936 ausgebaut und in der überwiegenden Zeit militärisch genutzt. Die staunenden Besucher erfuhren, dass einst auch Beate Uhse hier flog und dass der Fliegerkosmonaut Siegmund Jähn bis heute oft ein willkommener Ehrengast ist. Seit 1992 wird auf dem Flugplatz gewerblich gestartet und gelandet, ausgebildet und Flugsport betrieben. Hoch in den Lüften des Towers erläuterte schließlich Betriebsleiter, Michael Pes-



tel, die wirtschaftliche Bedeutung regionaler Flugplätze. Mit jährlich über 40000 Flugbewegungen gehöre Strausberg bereits zu den Großen im Osten Deutschlands. Auf dem angrenzenden Gewerbegebiet haben sich Handwerks- und Produktionsstätten sowie Dienstleister angesiedelt. Neben steigenden Geschäftsflügen erhöhe sich auch die touristische und sportliche Nutzung, berichtete Pestel. Rundflüge, Ballontours und Segelfliegen strahlten ebenso auf Werkstätten, Hotels und Gastronomie in Strausberg und Umgebung aus.

*Renate Adolph*

# Mehr Geld für Familien, Wirtschaft und Kommunen

**I**m Dezember verabschiedete der Landtag nach vielen Debatten in Fachausschüssen, Fraktionen und im Plenum den Doppelhaushalt 2019/20. Es ist bisher der umfangreichste Etat Brandenburgs

mit wichtigen Weichenstellungen. Mit über 25 Milliarden Euro werden Wirtschaft und Kommunen unterstützt, Lehrkräfte ausgebildet, Familien entlastet und die Sicherheit erhöht.

- Jährlich über 2,3 Milliarden Euro kommen der **Bildung** zugute, davon 64 Prozent den Schulen. Der Kita-Haushalt hat sich seit 2009 verdoppelt – auf inzwischen 512 Millionen Euro.



**Länger gemeinsam  
lernen!**

Wege zur Gemeinschaftsschule

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag Brandenburg

- Es werden mehr Lehrkräfte eingestellt sowie aus- und weitergebildet. Und sie erhalten eine bessere Bezahlung. Schulen des gemeinsamen Lernens werden weiter gefördert, um für Chancengleichheit zu sorgen.
- Die Erhöhung der Lehramtsstudienplätze, der Bau des Zentrums für **Lehrerbildung** sowie mehr Wohnraum für Studierende sind geplant.
- Es erhöhen sich die Stellen bei der **Polizei** auf weit über 8000. Auf fast 400 steigt die Zahl der jährlichen AnwärterInnen an der Fachhochschule der Polizei.

- Für die **Justiz** ist mit 300 neuen Stellen der größte Personalaufwuchs seit vielen Jahren beschlossen worden. Bis 2022 wird es an Gerichten und Staatsanwaltschaften 134 zusätzliche Stellen geben.

- Die **Eingangsbesoldung** der Bediensteten im Justizvollzug, für das Krankenpflegepersonal und den Werkdienst steigt.

- Die Hilfsprogramme für Wasser- und Abwasserverbände zur Bewältigung des **Altanschließerproblems** werden verlängert.

- Die **Krankenhausfinanzierung** erhöht sich auf 100 Millionen Euro. Die Personalausstattung in der Medikamentenaufsicht wird aufgestockt.

- Ein umfassendes **Hebammenprogramm** mit fast einer Million Euro soll angeschoben werden. Hinzu kommen bessere Förderungen u. a. der Familienverbände und der Frauenhäuser.

- Mittel für einen Mobilitätzuschuss für **Ehrenamtliche** und für Beratungsstrukturen für das Ehrenamt in den Landkreisen sind zusätzlich in den Landeshaushalt eingestellt.

- Zehn zusätzliche Stellen gibt es für die **Naturparks**, Biosphärenreservate und den Nationalpark.

- Mehr Geld ist für die Förderung von **kulturellen Projekten** im ländlichen Raum, für die Sozio- und die Popkultur sowie für kulturelle Bildung vorgesehen. Auch die Denkmalpflege, Museen und Gedenkstätten werden weiter gefördert.

- In den kommenden Jahren werden rund 400 Millionen Euro zur Kofinanzierung des **Breitbandförderprogramms** des Bundes zur Verfügung gestellt. Damit soll der Ausbau von Glasfaseranbindungen bis ins Gebäude weitestgehend flächendeckend erfolgen.

- Mit der Förderung von **Energiespeichern** im Gesamtvolumen von 9 Millionen Euro werden Brandenburgerinnen und Brandenburger unterstützt, die mit Solarstrom ihren Eigenverbrauch erzeugen.

## Koalition gegen Antrag der LINKEN zu Boden- markt-Transparenz

„DIE LINKE fordert seit Jahren, Bodenspekulation durch landwirtschaftsfremde Investoren zu verhindern. Sie ist eine große Bedrohung für ortsansässige Agrarbetriebe und entkoppelt die Landwirtschaft vom Leben in den Dörfern. Transparenz am Bodenmarkt ist eine zwingende Grundlage zum Handeln. Trotzdem hat die Koalition den entsprechenden Antrag der LINKEN im zuständigen Ausschuss abgelehnt. Das ist sehr bedauerlich. Die Prüfaufträge der Koalition als Ergebnis des jahrelangen Drucks sind aber ein Schritt in die richtige Richtung. Die für das erste Halbjahr 2019 zugesagten ständigen Berichte dazu wird DIE LINKE weiter kritisch begleiten, weil endlich gehandelt werden muss“, so **Dr. Kirsten Tackmann**, agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE zur Ablehnung des Antrages der LINKEN „Für einen transparenten agrar- und forstwirtschaftlichen Bodenmarkt“ am 12. Dezember 2018 im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft.



## Fatale Friedensbotschaft vor Weihnachten

„Es ist unverantwortlich, dass die Bundesregierung weiterhin deutsche Technologie für den Bau von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern unkontrolliert in Diktaturen wie Saudi-Arabien und die Türkei zulassen will. Wir brauchen weniger anti-chinesischen Aktionismus á la Donald Trump als vielmehr einen Genehmigungsvorbehalt für den Erwerb von Anteilen an Rüstungsunternehmen in anderen Ländern durch deutsche Konzerne“, erklärte **Sevim Dagdelen**, stellvertretende Vorsitzende der Bundestags-Fraktion DIE LINKE, im Dezember anlässlich der Verschärfung von Regeln für ausländische Investoren, die Anteile an deutschen Unternehmen kaufen wollen.

„Die Bundesregierung hat die große Chance veran, noch vor Weihnachten ernst zu machen und Schlupflöcher für die Exporte deutscher Rüstungskonzerne in Kriegsgebiete zu schließen. Während sie die Hürden für ausländische Investoren mit einer Änderung der Außenwirtschaftsverordnung für sensible Bereiche erhöht, lässt sie Rüstungskonzernen wie Rheinmetall weiterhin weitgehend freie Hand beim Know-how-Transfer von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Damit können Rheinmetall & Co. weiter über Tochterfirmen im Ausland Diktaturen fit für den Krieg machen. Die Bundesregierung muss endlich Paragraph 49 der Außenwirtschaftsverordnung entsprechend ändern, damit deutsche Rüstungsschmieden über Verlagerungen ins Ausland nicht länger hiesige Ausfuhrverbote umgehen können.“





## Meine Perspektive ist die russische Bevölkerung

„Ich bin eine Linke und habe nicht viel übrig für die oligarchische Politik des föderalen, hochmilitarisierten russischen Staates. Ich kritisiere sowohl die



Kerstin Kaiser und Sybille Knospe im Haus der Naturpflege

Russlandpolitik sowie die Strategie der NATO und der EU“. So begann Kerstin Kaiser, Leiterin des Moskauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ihren Vortrag Anfang Dezember in Bad Freienwalde. „Meine Perspektive ist die Bevölkerung. Aus ihrer Sicht schätze ich die Politik ein. Die Sanktionspolitik des Westens trifft nicht Putin, sondern das Volk. Man spürt, dass die Versorgung schwieriger wird, vor allem fehlen dringend Medikamente.“

Wer die Beliebtheit Putins im Volk verstehen wolle, sollte in die Geschichte zurückblicken, so Kaiser: In den 90er Jahren zerfiel die riesige Sowjetrepublik durch die Perestroikapolitik Gorbatschows. Das sowjetische System brach zusammen. Es herrschten Gesetzlosigkeit, Gewalt und Zusammenfall der Infrastruktur. Ehemalige Parteikader und

Kriminelle eigneten sich große Betriebe an. Die neuen reichen Oligarchen übten ihre Macht gegen das einfache Volk aus. Das alles vollzog sich vor allem unter der Regierung des Alkoholikers Jelzin, der vom Westen mit viel Geld gestützt wurde, erinnerte die Russlandkennerin.

Erst mit der Regierung Putins hätten sich wieder geregelte Verwaltungsstrukturen, Gesetzgebung und Ordnung herausgebildet. Russland erlangte erneut Weltbedeutung. Das brachte Putin bei einem Großteil der Bevölkerung Anerkennung.

Befragt zu den aktuellen Ereignissen in der Ukraine erklärte Kaiser, dass man heute noch nicht die genauen Umstände des Aufstandes auf dem Maidan kenne und dass offensichtlich die ukrainische Seite auch nicht daran interessiert sei. Merkwürdig sei allerdings, dass Spitzenpolitiker des Westens in dieser Zeit unter den Demonstranten waren.

Als sich die Ukrainer für den Anschluss an die EU und später wahrscheinlich auch für die NATO entschlossen hatten, setzte Russland das Zeichen, bis hierher und nicht weiter. Die Krim, der Stützpunkt der Schwarzmeerflotte, sollte nicht von der NATO besetzt werden. Im folgenden Referendum auf der Krim habe sich die Mehrzahl der Bewohner, mehrheitlich Russen, für Russland entschieden.

Auf Nachfrage erklärte Kerstin Kaiser, dass es keine einheitliche Meinung der Linken über die Besetzung gäbe und auch

nicht zu Putin. Sie persönlich finde, der Prozess hätte unter UNO-Beobachtung ablaufen müssen. Der Westen habe aber auch nicht beim Zerfall Jugoslawiens auf einen völkerrechtlichen Verlauf gedrängt. Die heute in der Ostukraine lebende große Anzahl von Russen sei in ihren Rechten sehr eingeschränkt. Arbeiter im öffentlichen Dienst bekamen kein Gehalt. Renten wurden nicht ausgezahlt. Schulen erhielten keine Unterstützung. So sei für diese Menschen das Leben dort nur mit Unterstützung Russlands möglich. Viele sind auch nach Russland geflüchtet. Der Minsker Vertrag enthalte die Forderung, dass die Ostukraine ein föderaler Staat werde. Aber die ukrainische Poroschenko-Regierung, die mit faschistischen Strukturen zusammenarbeite, halte die Kämpfe in dem Gebiet aufrecht. Beim aktuellen Ereignis am Asowschen Meer hätten sich die ukrainischen Schiffe nicht wie üblich bei den Russen angemeldet und reagierten nicht auf Anrufe. Mitglieder der Mannschaft wurden daraufhin inhaftiert, um die Ursachen aufzuklären. Kaiser erläuterte weiter: Die russische Bevölkerung halte viel von Deutschland. Dabei bemühe sie sich, den Russen deutlich zu machen, dass die AfD zwar Russlandfreundlichkeit vorspiegele, das Nazisystem aber verharmlose. Alexander Gaulands Ausspruch vom Vogelschiss der Geschichte sei dabei nur ein Beispiel. Dass heute so viel Russlanddeutsche die AfD unterstützten, liege vor allem daran, dass sie nach Deutschland geholt wurden und sich danach aber nahezu keiner um ihre Probleme kümmerte.

Herzlichen Dank Kerstin für die drei Stunden lebhafter Diskussion.

Sybille Knospe  
Bad Freienwalde

## Empfang für Helden des Alltags

Zu einem kleinen „Dankeschön“ für Ehrenamtler aus der Stadt Altlandsberg hat der Landtagsabgeordnete der LINKEN Marco Büchel im Dezember eingeladen. Bei Kaffee und Kuchen kam er mit seinen Gästen schnell ins Plaudern, u. a. über die Arbeit der Vereine der Stadt und wie diese künftig noch besser unterstützt werden können. Büchel bezeichnete Ehrenamtler als die wahren Helden des kommunalen Alltags. Sie trügen wesentlich zum Funktionieren des Gemeinwesens bei, ohne auf die Uhr oder den Geldbeutel zu schauen. „Eigentlich müssten sie an 365 Tagen im Jahr ge-

ehrt werden“, sagte er. Bestes Beispiel für ehrenamtliches Engagement sei der Ort ihres Zusammenseins, das Bürger- und Kreativhaus Bruchmühle. Jahrelang haben Vereine und Einzelpersonen für diese Einrichtung gekämpft, immer wieder neue Ideen entwickelt. Und jetzt – nach fünf Jahren – sei sie zum Mittelpunkt des ge-

sellschaftlichen Lebens in Bruchmühle geworden.



## Bürgerbüros

### Thomas Nord (MdB)

#### Bürgerbüro Seelow

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
thomas.nord@bundestag.de  
www.thomas-nord.de

### Bettina Fortunato (MdL)

#### Bürgerbüro Seelow

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
Telefax: (0 33 46) 85 21 47  
buero-fortunato@t-online.de  
www.bettina-fortunato.de

### Marco Büchel (MdL)

#### Bürgerbüro

#### Bad Freienwalde

Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon: (0 33 44) 33 45 41

#### Bürgerbüro Strausberg

Große Straße 45  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 49 77 11  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Persönl. Sprechzeiten:  
1. und 3. Mo. im Monat  
Bitte VORHER telefonisch anmelden.  
info@marco-buechel.de  
www.marco-buechel.de

## Geschäftsstellen

### Bad Freienwalde

Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41  
www.dielinke-frw.de  
Öffnungszeiten:  
Di. 9 – 11 Uhr

### Strausberg

Große Straße 45  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 31 17 96  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75  
Öffnungszeiten:  
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr  
E-Mail: info@dielinke-mol.de

## LinksTreff

### LinksTreff Seelow

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47  
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de  
www.dielinke-seelow.de  
Öffnungszeiten:  
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr

## Redaktionsschluss

der nächsten Impulse:

**1. Februar 2019**

**Erscheinen**

der nächsten Impulse:

**15. Februar 2019**

## Die Würde des Menschen bewahren

Im Dezember öffneten traditionell Verbände, Handwerksbetriebe, Institutionen, Schule und Kitas ihre Türen im Letschiner Adventskalender zu vielfältigen Veranstaltungen. Gemeinsam mit den Bewohnern gestalteten die Mitglieder der LINKEN des Ortes schöne und spannende Stunden im Asylbewerberheim Voßberg. Vor allem die Kinder erfreuten sich beim Basteln, Dekorieren von Plätzchen und Spielen.



Foto: Gerald Staube

Und die Erwachsenen kamen während des gemütlichen Beisammenseins ins Gespräch.

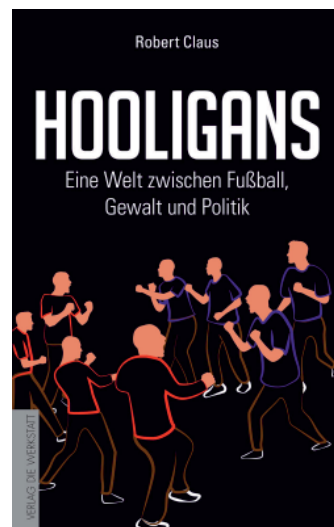
Ich unterhielt mich u. a. mit zwei jungen Frauen aus Kenia, die einen Sprachkurs in deutscher Sprache mit Erfolg absolviert haben. Sie möchten gern eine Ausbildung in Alten- und Krankenpflege beginnen. Allerdings seien ihre Asylanträge noch nicht bearbeitet. Sie wissen nicht, ob sie bleiben können. Sollten sie abgeschoben werden, seien sie in Nairobi mittellos und könnten auch auf keine staatliche Unterstützung hoffen. Die Zentralregierung setze alles daran, ihre Macht zu erhalten. Korruption sei in Regierung und Bezirksverwaltungen unangefochten an der Tagesordnung. Niemand werde dafür zur Rechenschaft gezogen. So würden in Kenia öffentliche Ressourcen gestohlen. Diese Tatsache sei einer der Hauptkonflikttherde in ihrem Heimatland.

Ich meine, Menschen, die in Deutschland oder einem anderen europäischen Staat ein anderes Leben beginnen wollen, müssen bleiben dürfen. Asylverfahren sollten auch bei sorgfältiger Prüfung schnell abgeschlossen werden. Lange Unsicherheiten sind nicht menschenwürdig, sondern eine Art Folter.

Hannelore Kurz  
Letschin

## Hooligans zwischen ...

Aus seinem aktuellen Buch „Hooligans – Eine Welt zwischen Fußball, Gewalt und Politik“ liest Autor Robert Claus am 9. Februar, 18 Uhr, im Alternativen Jugendprojekt Horte, Peter-Göring-Straße 25, 15344 Strausberg. Der Verfasser mehrerer Bücher über Fankultur



und Sport beleuchtet in seinem neuesten Titel zentrale Entwicklungen und Verbindungen in die Rockerszene sowie die Erfindung der Akkermatches. Er liefert eine differenzierte Analyse und spannende Reportagen der gewalttätigen und teils rechtsextremen Szene, über die bislang viel zu wenig bekannt ist. Dabei nimmt er auch den Kampfsport, geschäftliche Beziehungen, politische Einstellungen und internationale Netzwerke in den Blick.

In dem Buch kommen u. a. ehemalige und aktive Hooligans, Neonazi-Aussteiger, Kampfsportler, Kenner des osteuropäischen Hooliganismus sowie der Rockerszene, Berater von Opfern rechter Gewalt, Polizisten und Politiker, Fanarbeiter, Wissenschaftler und Fußballfans zu Wort.

**Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag trifft sich**

**am 14. Januar, 18 Uhr,**  
Geschäftsstelle, Große Str. 45, Strausberg

**Beratung des Kreisvorstandes der LINKEN. MOL:**

**13. Februar, 18 Uhr,**  
Geschäftsstelle, Große Str. 45, Strausberg

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

**V.i.S.d.P.:** Bettina Fortunato, Tel. 03341-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, renate@adolph.de,

**Layout u. Satz:** Fortunato Werbung, -www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat